

Sperrfrist: 15. Dezember 2021, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Dr. Dirk Jandura

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

Großhandel: Zwischen Lieferengpässen und Corona

**Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Großhandels
- Ergebnisse der aktuellen BGA-Unternehmerumfrage -**

Berlin, 15. Dezember 2021, 10.30 Uhr
Virtuelles Pressegespräch

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme an der heutigen virtuellen Pressekonferenz.

Gerne hätte ich Sie in Person im Haus des Handels begrüßt. Aber die Corona-Epidemie lässt dies leider nicht zu. Umso mehr freut es mich, wenigstens auf diesem Weg mit Ihnen sprechen zu können.

Der BGA hat auch zu diesem Jahreswechsel die Großhandelsunternehmen ausführlich zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage befragt. Die Ergebnisse dieser Befragung möchte ich Ihnen nun vorstellen.

Der erste und wichtigste Befund ist, dass das Wiederaufflammen der Corona-Pandemie deutlich die Stimmung und die Erwartungen der Unternehmen eintrübt. Dieser Knick in der Kurve wird zudem noch durch die spürbaren Folgen von Engpässen in der Lieferkette beeinflusst.

Bislang sind viele Branchen der deutschen Wirtschaft verhältnismäßig gut durch die Corona-Krise gekommen. Die Politik hat dies durch gezielte kostenintensive Maßnahmen wie die Ausweitung der erleichterten Kurzarbeitsregeln flankiert. Die Wirtschaft und auch der Großhandel haben im Jahresverlauf 2020 und auch in diesem Jahr wieder Fuß gefasst und den Einbruch aufgearbeitet.

Diese grundsätzlich positive Stimmung droht jedoch kurz vor dem Jahreswechsel 2021/22 wieder zu kippen. Mit der vierten Corona-Welle steht die weitere Entwicklung massiv unter Druck.

Der BGA-Großhandelsklimaindikator ist in kurzer Zeit von 119 Punkten um rund 8 Prozent auf 110 Punkte gesunken, wobei Werte über 100 eine positive Stimmung und Werte darunter eine negative Stimmung zum Ausdruck bringen.

(Grafik 1: BGA-Großhandelsklimaindikator)

Das bedeutet: Die Stimmung ist insgesamt noch positiv. Die Unternehmen betrachten die weitere Entwicklung aber mit großer Vorsicht.

Die Großhändler bewerten die aktuelle Lage noch als robust – sie liegt mit 118 Punkten um 5 Prozent unter dem Sommerwert. Aber die Erwartungen an die künftige Entwicklung haben sich deutlich abgekühlt. Der Wert ist von rund 114 Punkten um 11 Prozent auf unter 102 Punkte abgesackt und droht somit in eine wieder skeptische Stimmung zu kippen.

Dieser Trend – noch positiv, aber schwieriger werdend – gilt sowohl für den baunahen Großhandel wie für den Produktionsverbundhandel. Und der Konsumgütergroßhandel als Lieferant für Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel sieht sich – angesichts der coronabedingten Einschränkungen bei seinen Kunden – wieder in schwierigem Fahrwasser.

Nachdem die Großhändler zuletzt ihre Investitionen wieder ausgeweitet und ihre Auslastung infolge verbesserter Auftragslage hochgefahren haben, halten sie sich aktuell wieder stärker zurück. Kapazitätsausweitungen sind erst einmal nicht geplant. Und mit weiter steigenden Auftragseingängen wird nicht gerechnet.

(Grafik 2: Bewertung der Versorgungslage)

Auf die Stimmung im Großhandel drückt vor allem die Versorgungslage mit Rohstoffen und Vorleistungen. Bei nur 3 Prozent der Unternehmen ist die Versorgungslage gesichert.

Fast jedes zweite hat nur geringe Probleme, aber 44 Prozent der befragten Unternehmen beklagen massive Versorgungsprobleme. Die starke Abhängigkeit von weltweit stabilen Lieferketten, Rohstoffen und Vorprodukten ist die Achillesferse für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Die Großhändler sind das Rad, das die Welt in Schwung hält. Aber sie sind von funktionierenden Weltmärkten abhängig.

Inzwischen zeigen sich Schwierigkeiten auch immer stärker in der Logistik. Nur jeder sechste Großhändler kann seine Waren fristgerecht liefern. Es dominieren Engpässe, insbesondere auch bei Fachkräften wie Berufskraftfahrern. Vor allem fehlt es an Rohstoffen, Betriebsmitteln, Baumaterialien, Elektronikteilen, aber auch an Stahl und chemischen Stoffen sowie Verpackungen.

Lieferengpässe in vielen Warenssegmenten und in der Logistik spiegeln sich in steigenden Preisen, die die Lieferkette durchlaufen. So rechnen die meisten Großhändler mit steigenden Verkaufspreisen als Folge des Drucks auf der Einkaufsseite. Selbst durch innerbetriebliche Optimierungen und neue Wege in der Beschaffung kann dieser nicht mehr aufgefangen werden. 70 Prozent der befragten Unternehmen erwarten eine noch schwieriger werdende Versorgungslage und zudem weiter steigende Preise.

Um das hier deutlich zu machen: Eine schnelle Lösung dieser Probleme gibt es nicht. Eine politische Lösung schon gar nicht. Auch wenn das nicht jedem gefällt: Wir müssen das den Markt selbst regeln lassen. Wir müssen wieder weg von der mittlerweile weit verbreiteten Erwartung, dass der Staat für alles zuständig ist und alles regeln kann.

Zurück zu den Zahlen: Der BGA erwartet vor diesem Hintergrund preisgetrieben einen Anstieg der Umsätze im gesamten Großhandel im Jahr 2021 um gut 8 Prozent von 1.362 Milliarden Euro im Krisenjahr 2020 auf 1.465 Milliarden Euro. Real – also preisbereinigt – gehen wir davon aus, dass die Großhändler in diesem Jahr rund 3 Prozent mehr an Waren und Dienstleistungen verkaufen werden.

(Grafik 3: Nominale Umsatzentwicklung im Großhandel)

Sollte sich die Versorgungslage entspannen, gehen wir von einem Anstieg der Umsätze im Jahr 2022 von nominal um rund 5 ½ Prozent auf 1.545 Milliarden Euro aus. Real erwarten wir einen Anstieg um bis zu rund 3 Prozent. Die Beschäftigung des Großhandels könnte dann auch die 2-Millionen-Marke erstmals zeitweilig überspringen.

Was bedeutet das für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung? Wir gehen davon aus, dass nach dem wirtschaftlichen Einbruch von real 4,6 Prozent 2020 in diesem Jahr mit einem Wachstum von 2,6 Prozent wieder ein ordentliches Plus erwirtschaftet werden kann. Im neuen Jahr können wir dann mit einem Wachstum von ebenfalls real rund 3 Prozent den Einbruch hoffentlich gänzlich hinter uns lassen. All das ist aber abhängig davon, wie die Bekämpfung der Corona-Pandemie vorangeht und ob die geopolitische Lage stabil bleibt.

Meine Damen und Herren!

Ich habe mich eben deutlich gegen staatliche Eingriffe in die Marktwirtschaft ausgesprochen. Wo die Politik aber tatsächlich helfen kann und sollte, ist bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und bei der Bewältigung der pandemischen Lage.

Ich weiß, dass es zu der Frage einer allgemeinen Impfpflicht in unserem Land sehr unterschiedliche Ansichten gibt. Klar ist aber: Wir müssen die vierte Welle der

Pandemie so schnell wie möglich eindämmen und uns zugleich für weitere Wellen dieser Plage wappnen.

Wenn wir weitere gesellschaftliche und damit auch wirtschaftliche Einschränkungen vermeiden wollen, müssen sich deutlich mehr Menschen impfen und auffrischen lassen. Ein weiterer Lockdown wäre auch für uns Großhändler ein schwerer Schlag.

Deshalb unterstützen wir die Politik in der Frage der Impfpflicht. Ob eine sektorale Impfpflicht – z. B. im Gesundheitssektor – alleine hilft, wird auch im Großhandel verhalten gesehen. 12 Prozent sind für eine sektorale Impfpflicht. Aber fast 80 Prozent für eine allgemeine Impfpflicht.

(Grafik 4: Beurteilung zur Impfpflicht in Deutschland)

Meine Damen und Herren!

Seit dem 8. Dezember haben wir eine neue Bundesregierung. Unsere Befragungsergebnisse zeigen, dass die Großhändler dem Ampel-Bündnis mit Offenheit und Neugier begegnen. Aber sie wollen endlich konkrete politische Fortschritte sehen – gerade in der Wirtschaftspolitik, in der Digitalpolitik, in Infrastruktur und Administration.

(Grafik 5: Bewertung des Koalitionsvertrags)

Deutschland muss moderner und weltoffener werden, schneller und digitaler. Der überwiegende Teil der Großhandelsunternehmen – 73 Prozent der Befragten – macht die Beurteilung von der Umsetzung abhängig.

Sie erwarten konkretes und schnelles Handeln. Als erstes muss – so 71 Prozent der Befragten – mehr Dynamik durch Investitionen in Digitalisierung und Infrastruktur erreicht werden.

Deutschland muss wirtschaftlich dynamischer werden, auch um die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren und die Schuldenbremse einzuhalten. Ebenfalls als prioritär wird – mit 61 Prozent – die Beschleunigung von Genehmigungen und administrativen Prozessen sowie mit 57 Prozent die Sicherung der Energieversorgung gesehen.

Die Politik hat sich mit dem Ausstieg aus Atomenergie und fossilen Energien ehrgeizige Ziele mit weitreichenden Folgen gesetzt. Drei Viertel der Großhändler sehen im Moment die Energieversorgung noch als gesichert an, machen sich aber Sorgen über die zunehmende Kostenbelastung. Dass die EEG-Umlage wegfallen soll, ist ein richtiger Schritt, allerdings kompensiert der steigende CO₂-Preis diese Entlastung.

Wir begrüßen – unterstützt von fast 60 Prozent –, dass die große Koalition sich verständigt hat, Steuern nicht zu erhöhen und keine neuen Substanzsteuern einzuführen. Noch mehr Schwung würde natürlich eine Modernisierung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung auslösen – aber damit ist in der jetzigen Regierungskonstellation leider kaum zu rechnen.

Wir erwarten aber eine praxistauglichere Ausgestaltung des Optionsmodells und der Thesaurierungsbegünstigung für mittelständische Personenunternehmen und eine verbesserte Verlustverrechnung. Und vor allem keine weitere Bürokratie bei der Einführung einer globalen Mindestbesteuerung. Die angekündigten Superabschreibungen sind eine gute Botschaft. Nun kommt es darauf an, rasch Klarheit über eine praxistauglich Ausgestaltung zu schaffen.

Gerade auch beim Thema Nachhaltigkeit müssen zusätzliche bürokratische Belastungen für Unternehmen, wie sie sich zum Beispiel aus dem Lieferkettensorgfaltsgesetz ergeben, vermieden werden. Große börsennotierte Unternehmen geben diese Anforderungen ungefiltert an ihre kleinen und mittelständischen Lieferanten weiter. Und das führt dann konkret dazu, dass ein klassischer deutscher Mittelständler bis in die letzten Verästelungen seiner Lieferkette hinein prüfen muss, ob alle in dem Gesetz aufgeführten internationalen Bestimmungen eingehalten werden. Ich kann den politischen Willen hinter diesem Gesetz zwar erkennen, aber in der Umsetzung ergibt sich hieraus ein Problem nach dem anderen.

Das Gleiche gilt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist ein direkter Eingriff in die Tarifautonomie. Wozu braucht es dann noch eine unabhängig arbeitende Mindestlohnkommission? Zudem führt eine schlagartige Erhöhung des Mindestlohns von heute 9,60 auf 12 Euro – also um mehr als 20 Prozent – zu einem enormen Druck auf alle nachfolgenden Tarifverhandlungen. Das hat dann mit der grundgesetzlich verankerten Tarifautonomie nichts mehr zu tun.

Viel wichtiger wären Reformen in den Sozialversicherungen, damit die Beiträge nicht über 40 Prozent steigen. Dies befürworten 55 Prozent der Großhändler. Und 43 Prozent sprechen sich sogar für weitere Reformen mit dem Ziel einer Senkung der Beitragssätze aus.

Unser Sozialstaat ist nur dann finanzierbar, wenn die Beschäftigung weiter hoch bleibt. Und dafür braucht unser Land eine starke Soziale Marktwirtschaft mit wettbewerbsfähigen, leistungsstarken Unternehmen. Gerade wir Großhändler wissen, wie schwierig es ist, sich auf den umkämpften Weltmärkten zu behaupten.

Die weltpolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen an Deutschland sind groß. Auch wir Großhändler sind bereit, „mehr Fortschritt zu wagen“. Noch lieber aber würden wir wieder „mehr Wirtschaft wagen.“ Dazu brauchen wir Unternehmer einen klaren politischen Orientierungsrahmen mit verlässlichen und unbürokratischen Regelungen. Die Ampel-Koalition hat die Chance hierzu erhalten. Nun kommt es auf die Umsetzung an!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!